

15 Jahre Herr über Abfall, Wasser, Energie und Luft im Kanton Zürich

Nach 15 Jahren als Chef des «Amts für Abfall, Wasser, Energie und Luft AWEL» geht Dr. Jürg Suter im September in Pension. Worauf ist er stolz? Wo liegen aus seiner Sicht die künftigen Herausforderungen? Sein wichtigstes Ziel war, Anliegen der Gemeinden, des Gewerbes und der Bevölkerung einzubinden.

Isabel Flynn
Redaktorin «Zürcher Umweltpraxis»
Koordinationsstelle für Umweltschutz
Generalsekretariat Baudirektion
Telefon 043 259 24 18
Isabel.flynn@bd.zh.ch
www.umweltschutz.zh.ch



INTERVIEW

Jürg Suter
Chef AWEL Amt für
Abfall, Wasser
Energie und Luft
Telefon 043 259 32 01
juerg.suter@bd.zh.ch
www.awel.zh.ch

Herr Suter, Sie waren jetzt 15 Jahre Chef des grossen Umweltsamts im Kanton und bereits zuvor 13 Jahre lang im AWEL tätig. In den 28 Jahren waren Sie gleichzeitig Zeitzeuge wie Akteur grosser Entwicklungen. Welche davon erfüllen Sie mit grösster Genugtuung?

Die grosse Entwicklung im Abfallbereich. Es gab eine Zeit, da wusste man nicht, wohin mit den Abfallsäcken und musste sie auf der grünen Wiese zwischenlagern. Das hat sich völlig geändert.

Denken Sie beispielsweise an das heutige Konzept von Urban Mining, welches das Siedlungsgebiet als wertvollen Ressourcenspeicher betrachtet. Bei der Bauwirtschaft wird dies am eindrücklichsten sichtbar. Früher wurden alte Gebäude mit einer Kugel zusammengeschlagen, und der gesamte Bauschutt wurde deponiert. Heute gibt es einen geordneten Rückbau mit sorgfältiger Trennung, so dass ein grosser Anteil der Stoffe wiederverwertet werden kann.

Sehr froh bin ich auch über die Entwicklung in der Lufthygiene. Von einer sehr hohen Belastung sind wir bei tiefen Werten angelangt. Jetzt braucht es noch einen grossen Effort, um überall unter die Grenzwerte zu gelangen.

Wo hätten Sie gerne mehr erreicht?

Im Hochwasserschutz hätte ich mir ein schnelleres Vorgehen gewünscht. Man hatte sich in Sicherheit gewiegt, weil klimabedingt jahrzehntelang wenig passierte. Jetzt sind wir aber auf Kurs. Uns stehen mehrere grosse Projekte bevor. Insbesondere hat man erkannt, dass für Zürich und Winterthur erhöhter Schutzbedarf besteht. Hier ist die Besiedelung sehr dicht, und es geht um hohe Sachwerte.

Bei der Gewässerbelastung gibt es nach Erfolgen in vielen Bereichen, wie der gesunkenen Phosphatbelastung, neue Probleme: Rückstände von Medikamenten sowie Antibiotika-resistente Bakterien im Wasser. Es gibt aber auch neue Lösungen, unter anderem mit einer zusätzlichen Klärstufe in den Abwasserreinigungsanlagen. Die Gemeinden, in deren Aufgabenbereich die Umsetzung liegt, machen motiviert mit. Der grosse Wille zur Verbesserung war bei ihnen und der abstimmenden Bevölkerung immer da.

Hat sich die Vorgehensweise im Umweltschutz in den letzten Jahren verändert?

Grundsätzlich nicht. Die langfristigen Ziele sind unbestritten, sie setzen bei den Grundbedürfnissen der Bevölkerung an: Sauberes Wasser, gesunde Luft, genügend saubere Energie, intakte Lebensräume. Diese Bedürfnisse sind ganz elementar. Auch die Entsorgung von Abfall und Abwasser ist unbestritten. Neu dazu gekommen ist das Bedürfnis nach Erholung am Gewässer.

Natürlich gibt es politische Wellen. Nach einer Umweltschutzwelle rückte in den neunziger Jahren die Ökonomie in den Vordergrund. Dies hatte Sanierungsprogramme und entsprechende Budgetkürzungen zur Folge. Zu Beginn dieses Jahrzehnts begann dann die grosse Energiediskussion.

Diese Wellen haben zwar Einfluss auf das Tempo, aber sie ändern nichts an den langfristigen Zielen. Die Tages- bzw. 4-Jahres-Politik des Regierungsrats und Kantonsrats spielt in die Massnahmen und die Geschwindigkeit der Umsetzung hinein. Die Bevölkerung will jedoch sicher sein, dass ihre Grundbedürfnisse erfüllt werden. Für Umweltschutz- und Energiethemen braucht es daher Geduld und ein beharrliches Verfolgen der



In der KEZO in Hinwil werden Abfälle thermisch verwertet: Die dabei freigesetzte Energie wird als Strom und Wärme verkauft, und die Metalle in der Kehrriechtschlacke werden im hohen Masse zurückgewonnen und wieder als Wertstoffe genutzt.
Quelle: Hansjörg Egger, Uster

langfristigen Ziele. In jedem Falle aber gilt: Bei allen Massnahmen muss man die Bevölkerung und die Wirtschaft einbinden und mitnehmen, sonst macht es keinen Sinn.

Das AWEL steht auch im Dienst der Gesundheit und des Bevölkerungsschutzes?

Hauptpunkt ist, dass in jedem Haushalt zu jeder Zeit genügend Wasser in Trinkwasserqualität bereitsteht. Ein Ding des Alltags, dem man Sorge tragen und das man langfristig sichern muss. Im Ausland sieht man immer wieder, wie wichtig es ist, die Bevölkerung auch in einer Notlage mit Wasser versorgen zu können. Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich sind dank entsprechender Vorsorge gut vorbereitet. Bis aber die Notversorgung anläuft, muss sich die Bevölkerung mit einem Notvorrat für die ersten ein bis zwei Tage selbst versorgen. Dieses Bewusstsein ist zurzeit mehr als ungenügend.

Sicherheit ist ein weiteres Kernthema des AWEL. Nicht nur die Versorgungssicherheit mit Wasser und die Abwasserentsorgung, sondern auch in Bezug auf den Hochwasserschutz sowie den Schutz bezüglich technischer Ereignisse in Betrieben. Die Bevölkerung soll vor Störfällen geschützt werden. Finden trotz aller Vorsorge Grossereignisse oder alltäglichere, kleinere Unfälle statt, treten unsere Pikettdienste auf den Plan. Ich bin sehr stolz auf diese Pikettdienste, die Tag und Nacht einsatzfähig sind.

Auch die Luftqualität betrifft die Gesundheit. Trotz vieler Fortschritte ist

diese Qualität noch immer nicht so, wie sie sein sollte. Am ehesten merkt dies die Bevölkerung bei Ozonlagen, wenn sie Sport treibt. Geschwächte Menschen, von denen es immer mehr gibt, merken es aber fast täglich. Hier dürfen wir nicht locker lassen. Wir wollen, dass die Werte permanent unterhalb der Grenzwerte für Ozon und Feinstaub sind.

Das AWEL kontrolliert Industrie und Gewerbe, arbeitet aber auch mit ihnen zusammen?

Um sie ins Boot zu holen, ist ein gegenseitiges Verständnis und eine enge Zusammenarbeit notwendig. Während Industrie und Gewerbe in einem kurzfristigen Spannungsfeld produzieren, müssen staatliche Institutionen die Umwelt- und Energieziele langfristig umsetzen.

Wie bereits erwähnt, hat die Bauwirtschaft in den letzten Jahren einen grossen Wandel durchgemacht. Neue Verordnungen alleine wären dafür nicht ausreichend gewesen. Solche Entwicklungen müssen aus Industrie und Gewerbe selbst herauskommen. Im Urban Mining hat das gut funktioniert, weil Industrie und Gewerbe Chancen gesehen und mitgezogen haben, so ging das sehr rasch. Wir brauchen die Verbände, Industrie und Gewerbe sowie die Gemeinden unbedingt als Partner.

Stichwort Gemeinden. Wo liegen hier die grössten Herausforderungen?

Für die Gemeinden bilden die Vorschriften von Bund und Kanton den Rahmen. Teilweise wird dieser als zu eng empfunden. Vieles können die Gemeinden

aber selbst gestalten. Zum Beispiel bei den Bachrenaturierungen im Rahmen des Hochwasserschutzes oder beim Bau und Betrieb der eigenen Liegenschaften. Auch die Ver- und Entsorgung ist Aufgabe der Gemeinde. So können sie in der Abfallwirtschaft sehr viel beeinflussen. Diesen Gestaltungsraum sollen die Gemeinden auch nutzen. Es ist für sie eine Gelegenheit, sich nach aussen darzustellen und ihre Attraktivität nahe an der Bevölkerung zu erhöhen. Ich war selbst in Rütli Schulpflegepräsident. Dort habe ich Erfahrung damit gesammelt, wie es ist, von der übergeordneten kantonalen Instanz, in meinem Fall die Bildungsdirektion, den Rahmen gesetzt zu bekommen. Daher habe ich grosses Verständnis für die Gemeinden.

Die Zürcher Gemeinden sind sehr unterschiedlich, was ihre Grösse, Lage und sonstigen Rahmenbedingungen angeht. Nicht alle können daher bestimmte Ziele mit der gleichen Geschwindigkeit erreichen. Dafür muss man Verständnis haben und es respektieren. Als Kanton müssen wir den Gemeinden einerseits Unterstützung zukommen lassen, andererseits aber auch Spielraum geben.

Wie kann der Kanton die Gemeinden unterstützen?

Im Rahmen des Sanierungsprogramms 2004 wurden verschiedene Aufgaben an die Gemeinden delegiert. Da sind wir zum Teil einen Schritt zu weit gegangen. Soll eine Gemeinde zum Beispiel einen Betrieb kontrollieren, von dessen Art es im Kanton nur wenige hat und dafür alles selbst neu erfinden? Bei solchen Spezialfällen macht das keinen Sinn. Hier braucht es Gespräche. Und die Gemeinden müssen ihren Möglichkeiten entsprechend unterstützt werden.

Wir tun dies beispielsweise im Rahmen der jährlichen Abfallseminare. Hier findet zwischen Gemeinden und Kanton, aber auch bei den Gemeinden untereinander viel kreativer Austausch statt. Man lernt voneinander, die Gemeinden vernetzen sich miteinander. Viele Gemeinden arbeiten bereits zusammen.

Bei Abfallverbänden und Kehrriechtwerken findet dies in grossem Massstab statt. Dabei geht es nicht nur um die Ökologie, sondern auch darum, Kosten zu senken. Umweltschutz zu betreiben bedeutet nicht, dass alles teurer wird. So wurde in den letzten Jahren die Effizienz gesteigert, damit wurden die Kosten stark gesenkt.



15 Jahre lang war Dr. Jürg Suter AWEL-Chef. In dieser Zeit haben sich sowohl das Amt als auch die Herausforderungen und Themen fortwährend verändert.
Quelle: Andreas Walker

Sind Verbände und die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg generell der Weg der Zukunft?

Viele Gemeinden haben sich bei der Abwasserreinigung zusammengeschlossen. Durch Zusammenschlüsse wird die Entsorgung von Abfällen und Abwasser effizienter. Hier sind grosse Anlagen von Vorteil.

Spannend ist, dass es auch die Gegenbewegung gibt. Die verbrauchernahe Energiegewinnung, wie vor fast 200 Jahren zu Beginn der Industrialisierung mit Kleinwasserkraftwerken und neu mit Wind- sowie Solaranlagen, ist sehr populär. Es wird aber nicht genügen, einfach «klein, aber fein» zu propagieren, sondern man muss den passenden Mix zwischen Gross und Klein finden.

Genau diese Diskussionen und die Vielfältigkeit der Fragestellungen macht das AWEL spannend. Wir haben Langfristziele, aber den Weg dorthin müssen wir individuell an die Möglichkeiten anpassen.

Das AWEL ist nicht nur sehr vielfältig. Es hat sich über die Jahre auch in den Zuständigkeiten verändert.

Ja, die Betriebsbereiche wurden ausgelagert, so dass wir uns auf unser Kerngeschäft konzentrieren konnten: So ging die Fernwärme an die Stadt

Zürich, wir betreiben selbst keine Kleinwasserkraftwerke mehr und haben keine Anteile mehr an Kompostierungsanlagen. Auch für die Tanklager, für die Notversorgung der kantonalen Gebäude, sind wir nicht mehr zuständig.

Dafür kamen neue Themen zu uns. Zum Beispiel der Vollzug der Störfallverordnung und die Umsetzung der neuen Chemikalienverordnung. Ausserdem kam das revidierte Gewässerschutzgesetz, das unter anderem die Gewässerraumausscheidung und Revitalisierung regelt. Bei der Gewässerqualität machen mir die Mikroverunreinigungen und antibiotikaresistenten Bakterien Sorgen. Neben der Nachrüstung der Kläranlagen muss man in der Human- und Tiermedizin in Zukunft noch viel sorgfältiger mit Arzneimitteln umgehen.

Ganz neue Themen der letzten Jahre sind Neobiota, Nanotechnik sowie Gentechnik. Beim ersten Thema steht die Integrationsfrage im Vordergrund. Bei den letzteren bieten die neuen Technologien sowohl Chancen als auch Risiken. Oft kennt man die Umwelt Risiken noch nicht. Darum muss man neue Themen aufgreifen und sie in ihrer ganzen Breite diskutieren. Ich bin entschieden gegen Moratorien oder vorsorgliche Technikverbote. Mit ihnen verschieben wir Themen nur ins Ausland und werden später wieder davon eingeholt. Neben vermeintlich vermie-

denen Risiken haben wir dann mit Sicherheit Chancen verpasst.

Es geht also um das Abwägen von Chancen und Risiken?

Dass es immer Wirkungen und Nebenwirkungen gibt, gilt generell bei Umweltthemen. Bei der Gewässerrenaturierung zum Beispiel kann man den Hochwasserschutz sicherstellen und fördert die wichtige Biodiversität, aber als Nebenwirkung benötigt man Landwirtschaftsland und Siedlungsfläche.

Zwischen verschiedenen Interessen und Wirkungen abzuwägen, ist ebenfalls typisch für unsere Arbeit. Oftmals müssen wir nicht nur ein Ziel, sondern eine ganze Zielpalette anvisieren – und den richtigen Mix, statt politisch einseitiger Lösungen, finden. Der Fokus der Ziele ist in der Regel langfristig. Unsere Generation hat bestimmte Wertvorstellungen, wie sie die Welt gestalten will, diese entsprechen nicht unbedingt denen der beiden Generationen vor oder nach uns. Daher müssen wir unsere Massnahmen so dosieren und ausrichten, dass künftige Generationen Gestaltungsfreiraum haben.

Am extremsten zeigt sich dies beim radioaktiven Abfall. Die betroffenen Zeiträume von mehreren hundert Generationen machen uns die Tragweite unserer Entscheide umso mehr bewusst.



Wasser ist lebenswichtig: Als Trinkwasser, als Lebensraum, aber auch als Element der Ruhe und Erholung. Das AWEL hat in den letzten 15 Jahren viele Revitalisierungen initiiert. Im Bild: Renaturierter Hegibach, Hedingen.
Quelle: Regula Bircher

AWEL-Chef für 15 Jahre

Dr. Jürg Suter hat an der Philosophischen Fakultät II der Universität Zürich promoviert. 1987 startete er seine Karriere im AWEL als Leiter der Abteilung Abfallwirtschaft und Betriebe. Seit dem Jahr 2000 stand er dem AWEL als Amtschef vor.

In seiner 27-jährigen Tätigkeit in der Baudirektion hat er das AWEL entscheidend geprägt. Sein Leitsatz: «Wir bieten der Bevölkerung im Kanton Zürich eine gesunde, sichere und attraktive Umwelt.»

Künftiger Amtschef

Neuer Amtschef wird Christoph Zemp, dipl. Ing. ETH/SIA. Der 48-Jährige ist seit 22 Jahren im Bau- und Umweltingenieurbereich tätig: In der Privatwirtschaft als Projekt- und Abteilungsleiter sowie später als Mitglied der Geschäftsleitung, seit 2003 in diversen Führungspositionen bei der Stadt Zürich. Seit 2008 führt er als Betriebsleiter beziehungsweise Geschäftsbereichsleiter die Kehrichtheizkraftwerke der Stadt Zürich mit rund 120 Mitarbeitenden. 2012 übernahm er zusätzlich als Mitglied der Geschäftsleitung von Entsorgung + Recycling Zürich die Verantwortung für die Fernwärme. Er wird seine Stelle als Amtschef AWEL am 1. September 2015 antreten.

Energieversorgung zwischen Klimadiskussion und Versorgungssicherheit – in welche Richtung wird es gehen?

In den letzten Jahren hat sich die Bedeutung des Energiebereichs verändert, ursprünglich war er eher ein Mauerblümchen, heute ist die Energie in politischen Diskussionen, u. a. im Kantonsrat, ins Zentrum gerückt.

Die Langfristziele zu den CO₂-Emissionen stehen kantonal fest. Die Massnahmen dafür müssen sich noch entwickeln. Klar ist, dass wir uns abkehren von der klimaschädigenden, fossilen hin zu einer umweltgerechten Energieversorgung. Im Strombereich stellt sich nach der umweltgerechten Produktion eine grundsätzliche Frage: Wo ist die «Batterie», also der Speicher? Der Strom muss zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein, und die wechselnden Differenzen zwischen Produktion und Nachfrage müssen ausgeglichen werden. Speicherung und Verteilung sind also die ausschlaggebenden Punkte. Das war schon 1820 bei der ersten Industrialisierung mit der Nutzung der Wasserkraft das zentrale Thema. Die zwischenlagernden «Batterien» waren die Weiher, viel später dann die Stauseen und in Zukunft ...?

Was Wärme angeht, wird sich der Kanton Zürich selbst versorgen können, beim Strom dagegen ist der Kanton auf die Einbindung in einen grösseren Kontext angewiesen.

Das Thema Energie wird uns jedenfalls noch weiter beschäftigen. Viele Entscheide werden nicht auf Kantons-, sondern auf Bundesebene gefällt. Zu beachten ist aber auf beiden Ebenen, dass wir gemäss Verfassung nicht nur eine umweltschonende, sondern zudem eine sichere, wirtschaftliche und ausreichende Energieversorgung brauchen. Unsere Wirtschaft, aber auch unsere Bevölkerung, ist darauf angewiesen.

Im September übergeben Sie das AWEL Ihrem Nachfolger Christoph Zemp. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge?

Ich habe schon gemischte Gefühle. Bei aller Freude auf zukünftige Freiheiten war es eben eine einmalige Stelle als Chef des AWEL. Ich kann heute durch den Kanton Zürich wandern und stelle positive Veränderungen fest, die mein Amt im bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Kanton bewirkt hat. Das ist grossartig und befriedigend.

Ich freue mich auch auf die weitere Entwicklung. Zum Beispiel, wie es bei meinem Lieblingsprojekt weitergehen wird, dem Linthkanal. Es war das erste eidgenössische Bauwerk. Dieses haben wir jetzt nach 200 Jahren Betrieb auf den neusten sicherheitstechnischen Stand gebracht, so dass es weitere 200 Jahre halten sollte. Die zugehörige Revitalisierung bildet jedoch erst die Grundlage zur Erhöhung der Biodiversität, die sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten für jedermann bemerkbar machen wird.

Die Freude bleibt auf jeden Fall. Wenn es jetzt mit anderen Ansätzen weitergehen wird, so ist das eine Sache der Zeit. Es ist berechtigt, dass man die Dinge neu anschaut. Die Grundbedürfnisse der Menschen aber bleiben – allem voran sauberes Wasser in genügender Menge.

Was würden Sie Ihrem Nachfolger ans Herz legen?

Ich würde ihm gönnen, Freude an den vielfältigen Themen des Amtes und seinen Mitarbeitenden zu haben, die es überhaupt ermöglichen, die gesteckten Ziele zu erreichen. Er soll Lust auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden sowie mit Industrie und Gewerbe haben. Und ich bin überzeugt, er wird grossartige Momente erleben. Es ist eine einmalige Stelle. Mich bewegt jedenfalls Dankbarkeit und Begeisterung, dass ich, als Amtschef den Kanton mitgestalten durfte.